

„Höhere Praxisgebühr wäre sozial kaum tragfähig“

Kassenverbands-Chefin Pfeiffer beklagt Finanzprobleme im Gesundheitswesen

Die Chefin des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen, Doris Pfeiffer (Foto: dpa), hält das Arzneimittelsparpaket der Bundesregierung für unzureichend. Mit ihr sprach Merkur-Korrespondent Stefan Vetter.

Frau Pfeiffer, der von den Krankenkassen einst heftig angefeindete Gesundheitsfonds ist jetzt seit eineinhalb Jahren in Kraft. Was hat die Umstellung der Finanzierung gebracht? **Pfeiffer:** Der Fonds hat uns ein großes Problem gebracht: Die einzige Finanzierungsmöglichkeit neben dem Einheitsbeitrag ist der Zusatzbeitrag. Den erheben aber bislang nur wenige Kassen, weil viele eine Abwanderung ihrer Mitglieder fürchten und deshalb diesen Schritt scheuen. Umso stärker wird der Druck auf diese Kassen, weil die Finanzmittel fehlen.

Tatsache ist, dass bisher nur drei von noch 160 Kassen eine finanzielle Schieflage eingestanden haben. Ganz so dramatisch kann die Lage also nicht sein.

Pfeiffer: Tatsache ist aber auch, dass den Kassen in diesem Jahr rund 3,1 Milliarden Euro fehlen, weil sie nicht durch den Fonds gedeckt sind. Viele Kassen

fahren deshalb ihre Reserven herunter. Auch ist es so, dass manche Kassen schon bei einem Zusatzbeitrag von zehn bis zwölf Euro in existenzielle Probleme geraten, weil die Extra-Einnahme auf ein Prozent vom Bruttolohn der Versicherten begrenzt ist. Hat eine Kasse viele Niedrigverdiener, muss sie die Mitglieder mit höherem Einkommen umso stärker zur Kasse bitten, was deren Abwanderung zur Folge hat. Ein Teufelskreis.

Experten beklagen, dass die Praxisgebühr keinerlei Steuerungswirkung mehr hat, um die im internationalen Vergleich überdurchschnittlich vielen Arztbesuche zu senken. Könnte nicht auch eine Reform der Praxisgebühr sparen helfen?

Pfeiffer: Es wäre irrwitzig, kräftige Einkommenszuwächse für die Ärzte zu rechtfertigen, aber die Patienten mit neuen Zumutungen zu konfrontieren. Eine höhere oder häufigere Praxisge-

bühr hätte sicher eine stärkere Steuerungswirkung. Dafür wäre sie aber sozial kaum tragfähig. Das vergessen viele Experten.

Die Regierung hat gestern den zweiten Teil des Arzneimittelsparpakets verabschiedet. Sorgt das für nachhaltige Entlastung?

Pfeiffer: Dass ist ein richtiger Schritt, aber kurzfristig lässt sich damit der Kostenanstieg nur etwas bremsen. Den Einsparungen stehen Entwicklungen gegenüber, die die Entlastungen zum Teil wieder auffressen. Ich nenne nur die Gerichtsentscheidung zum Apothekenrabatt auf Medikamente, der die Kassen wohl mit rund 330 Millionen Euro belasten wird. Einige der beschlossenen Sparmaßnahmen wie etwa die Preisverhandlungen zwischen Arzneimittelherstellern und Kassen werden sich auch erst mittelfristig auszahlen.

Abbildung Doris Pfeiffer